

Warkens Weg

„Nichts ist so beständig wie der Wandel“ bringt es das Zitat von Heraklit auf den Punkt. Fortdauernde Beständigkeit gibt es nicht, alles ist irgendwie im Fluss. Wir alle sind ständig gefordert, aktiv zu handeln. Das wissen Sie sicher gut, denn Sie als Praxisinhaber, Unternehmer müssen flexibel auf neue – und am Beispiel GOZ erfahren Sie das täglich – auch auf „alte“ Situationen reagieren.

Neu ist die Situation auch für die Rechtsanwältin und Unionspolitikerin Nina Warken im angeblich unbeliebtesten Amt in der Regierung, dem des Bundesgesundheitsministers. Aber: sie kann sich durchbeißen, das hat sie Ende Mai bewiesen: In einer Kampfabstimmung holte sie sich mit 62 Prozent erfolgreich den Bundesvorsitz der CDU-Frauenunion. In übergroße Fußstapfen tritt sie auch nicht, denn Vorgänger Karl Lauterbach hat zwar vieles versucht anzustoßen, verhedderte sich jedoch hoffnungslos in den selbst geknüpften Reformnetzen.

Nina Warken steht indes vor den gleichen Problemen, wie ihr Amtsvorgänger: wachsende Defizite im Gesundheitswesen und ein Staat, der nicht zu seiner Verantwortung steht. Alte Versprechen der etablierten Parteien, wonach der Bund den Kranken- und Pflegekassen ausreichend Beiträge für Bürgergeld-Empfänger zahlen sollte, werden nicht erfüllt. Die Kassen und damit die Beitragszahler stemmen diese Finanzbelastung, für die der Staat und alle Steuerzahler zuständig wären, mit, laut *Augsburger Allgemeine* über

zehn Milliarden Euro im Jahr. Auch die Zahnärzte können ein Lied davon singen, wie ernst der Staat bzw. der Ordnungsgeber seine Aufgabe nimmt, eine Gleichbehandlung bei den freien Berufen herzustellen und den Ärzten und Zahnärzten die seit Jahrzehnten nicht angehobenen Punktwerte zu gewähren.

Das kostet alles Geld, das der neue Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) nicht ausgeben will. Er hebt sich mit seinem Statement nicht von seinem Vorgänger Lindner ab: Höhere Bundeszuschüsse, um einen weiteren Anstieg der Kranken- und Pflegebeiträge zu vermeiden, könnten keine Dauerlösung sein, sagte er der *BILD am Sonntag*.

Mit dem laut Koalitionsvertrag seit „Längerem geforderten Primärarztmodell“ soll alles besser werden, soll es doch helfen, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen. Gibt es das Modell nicht bereits?

Laut Krankenkasseninfo.de wird das Primärarztmodell bereits vermehrt bei ambulanten Leistungen innerhalb bestimmter Tarife der privaten Krankenkassen angewendet. Das Modell besagt, dass bei einer ambulanten Behandlung der volle Erstattungssatz laut Tarif nur bezahlt wird, wenn als erstes ein Primärarzt besucht wurde. Wenn der Versicherte den Facharzt ohne vorherige hausärztliche Überweisung aufgesucht hat, dann gelten verminderte Erstattungssätze (meist 20 Prozent weniger) für die Behandlung und verschriebene Arzneimittel.



Nina Warken betritt mit den Aufgaben im Bundesgesundheitsministerium Neuland. Für notwendige Strukturreformen, um die Beiträge dauerhaft stabil zu halten, braucht sie handfeste Unterstützung. Die vernebelte Aussage der Gesundheitspolitiker, wonach weitere Arbeitsgruppen und Expertenkommissionen eingerichtet werden sollen, die bis 2027 Ergebnisse liefern, hilft ihr nicht. Der GKV-Spitzenverband fordert angesichts von Rekordbeitragsätzen, schwindenden Finanzreserven und einer wachsenden Beitragsspirale ein sofortiges Ausgabenmoratorium und ein Vorschaltgesetz. Preis- und Honorarsteigerungen dürften nicht über das aktuelle Einnahmenniveau hinausgehen, bis strukturelle Reformen greifen.

Die erste Bewährungsprobe hatte die Bundesgesundheitsministerin auf dem Deutschen Ärztetag in Leipzig. Dort gab man ihr auch den GOÄneu-Entwurf, frisch von der Delegiertenversammlung abgestimmt, mit auf den Weg nach Berlin.

Anita Wuttke
Chefredakteurin